Neueste tagesaktuelle Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Freitag, 20. September 2019

UMWELT / REPORT

Klima und Klassenkampf - ökosozialistische Konsequenzen ...

(SB) - Wären apokalyptische Szenarien jemals geeignet gewesen, den Lauf der Geschichte von Grund auf zu ändern, stünde die Menschheit heute nicht am Abgrund drohender Zerstörung ihrer Zivilisation, wenn nicht gar ihrer Zukunft als Spezies auf diesem Planeten. Ganz im Gegenteil lebt der biblische Endzeitmythos von der Errettung der Gerechten, die sich im Angesicht ihrer Feinde als Auserwählte an der Tafel des Herrn an dem sie umgebenden Untergang einer in Sünde gefallenen Schöpfung ergötzen. Dieses Leitmotiv des Überlebens zu Lasten der eigenen Art ... *(S. 5)*

UMWELT / MEINUNGEN

USA - wachsender Schutzbedarf ...

(SB) - Mehr als 16 US-Bundesstaaten haben bereits Gesetze erlassen, nach denen ziviler Ungehorsam gegen die Erdölindustrie aufs schärfste bestraft werden kann. Andere Bundesstaaten wollen dem Beispiel folgen. In Texas müssen diejenigen, die Ölpipelines überqueren oder andere "kritische Infrastruktur" betreten, inzwischen mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu einer Million Dollar rechnen. Auslöser der Welle an repressiven ... *(S. 10)*

Fleischprodukte -

Zunder unter Kapitalverwurstung ...

Sanna und Tobi im Gespräch

(SB) 19. September 2019 - An mindestens zwei Orten wurde auch in Hamburg an der von der Aktion Arbeitsunrecht initiierten und bundesweit ausgetragenen Aktion Freitag13 gegen den Schlachtkonzern Tönnies [1] protestiert. In St. Pauli hatten AktivistInnen der Industrial Workers of the World (IWW), der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU), der Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIF) und des "Anlaufpunktes gegen Arbeitsunrecht" in Wilhelmsburg einen gemeinsamen Stand organisiert. Dort wurde die Ausbeutung im Schlachthof, die die bei Tönnies als Angestellte von Werkvertragsfirmen besonders schlecht gestellten ArbeiterInnen am härtesten trifft, in Redebeiträgen und auf Flyern öffentlich gemacht. Sanna von der IWW und Tobi von der FAU waren bereit, dem Schattenblick einige Fragen zu der Protestaktion zu beantworten.

Schattenblick (SB): Warum beteiligt ihr euch als unabhängige Gewerkschaften heute an dem bundesweiten Aktionstag gegen das Fleischunternehmen Tönnies?

Tobi: Das System Tönnies beutet die Arbeiter aus, Leiharbeiter wie auch Werksverträgler. Für uns als Gewerkschaft ist es ungemein wichtig, gegen diese Mißstände anzugehen. Die Leute müssen vernünftig bezahlt werden, weil es ein sich gegenseitig bedingendes System ist: Mitarbeiter, die schlecht bezahlt werden, können nicht viel Geld für Lebensmittel ausgeben und brauchen daher günstige Lebensmittel - um billige Lebensmittel herzustellen, werden wiederum Arbeiter und Arbeiterinnen eingesetzt, die sehr schlecht bezahlt werden. Um günstige Lebensmittel zu generieren und da etwas zu bewirken, sehen wir natürlich die Notwendigkeit, an den Bedingungen und der Organisation der Arbeit wie an der kompletten Produktionsweise der Fleisch- und Lebensmittelindustrie etwas zu verändern. Nur Bio reicht einfach nicht aus.

SB: Wißt ihr etwas darüber, was die DGB-Gewerkschaften, also etwa die NGG, in der Sache unternehmen?

Tobi: Vorhin wurde in einem Redebeitrag hier thematisiert, daß

die NGG schon versucht, einen Fuß in die Tür zu kriegen, aber von seiten Tönnies' aus finden keine Verhandlungen statt. Es ist natürlich ein ganz unübersichtlicher Bereich, da man es mit Menschen zu tun hat, die bei Werksvertragsfirmen und Leiharbeitsunternehmen angestellt sind oder zur Stammbelegschaft gehören und dazu noch aus verschiedensten Ländern kommen. Da ist es natürlich sehr schwer zu organisieren, Mitglieder zu generieren und eine Basis aufzustellen, um in den Betrieben selber Fuß zu fassen. Das hat natürlich auch System.

SB: Sanna, könntest du etwas zum Standpunkt der IWW sagen?

Sanna: Wir sind grundsätzlich gegen Verträge, auch in diesem Fall gegen Werkverträge, die sich natürlich den Tarifverträgen vollkommen entziehen und wo die Arbeiter auch gar keine Möglichkeit haben, sich in irgendwelchen Gewerkschaften zu organisieren, zumal es in den Betrieben keinen Betriebsrat gibt. Das sind eben unsere Minimalanforderungen in einem System, in dem wir eigentlich generell gegen Verträge sind. Unser Anliegen ist aber auch, darauf aufmerksam zu machen, daß nicht einmal mehr Tarifverträge in diesem Land zustandekommen und daß es in großen Betrieben immer noch rechtliche Schlupflöcher gibt und die Politik nichts dagegen unternimmt.

SB: Ist es nicht so, daß Werkvertragsarbeit politisch unterstützt wird, weil Lohndrückerei der deutschen Exportwirtschaft, die im Fleischbereich sehr stark ist, unter die Arme greift?

Sanna: Das ist richtig, aber es sind die falschen Mittel, wenn Deutschland mit solchen Arbeitsbedingungen zu einem Exportland wird. Man muß sich auch die Hintergründe anschauen, warum die deutsche Wirtschaft so preiswert Waren exportieren kann. Man muß die Politik kritisieren und die Bevölkerung besser darüber informieren, unter welchen Bedingungen in solchen Riesenunternehmen gearbeitet wird. Bei Tönnies handelt sich um das größte Schweineschlachtunternehmen des Landes, das seine Geschäfte zudem in ganz Europa macht. Wir wollen darauf aufmerksam machen, daß die Leute de facto aus Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern angekauft werden, daß sie hier teilweise horrende Mieten zahlen müssen und überhaupt keine Chance haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil alles über Subunternehmen gehandhabt wird. Diese Arbeiter sind ja auch in ihren Heimatländern nicht organisiert und haben daher überhaupt keinen Zugriff, etwas an ihrer Situation zu verändern.

SB: In Deutschland kann diese Hochleistungstierproduktion nur mit importiertem Soja und anderen Futtermitteln aus aller Welt, zum Beispiel aus Brasilien, betrieben werden. Protestiert ihr auch dagegen, daß die Fleischproduktion hierzulande wesentlich über die Ausbeutung von Arbeitskraft und Ressourcen in Ländern des Südens betrieben wird? Ist das Bestandteil eurer Überlegungen?

Tobi: Das beziehen wir natürlich in unsere Überlegungen mit ein, denn das ganze System ist in globale Zusammenhänge eingebettet. Daher üben wir nicht nur an Tönnies Kritik, sondern an der Nahrungs- und Lebensmittelindustrie insgesamt, da ist dieser Aspekt ganz klar wichtig. Das ist eine sehr weitreichende Ausbeutungskette. In Brasilien werden nicht nur die Waldbewohner aus den Regenwäldern vertrieben und die Leute, die Soja abbauen, ganz miserabel bezahlt, sondern es handelt sich um ein weltweites System. Das System heißt Kapitalismus und ist überall anzugreifen. IWW und FAU haben natürlich in aller Welt Schwestergewerkschaften, und wenn es da Aktionen gibt, beteiligen wir uns mit Soliaktionen und schauen, wie wir die Sache unterstützen können.

SB: Ihr seid ja schon einige Stunden hier. Wie waren die Reaktionen der Passanten, wie haben die Leute auf eure Flugblätter und eure Reden reagiert?

Sanna: Insgesamt gut, viele haben sich schon mit dem Themenbereich beschäftigt, wie wir in Gesprächen erfuhren. Möglichst viele, denen wir die Flugblätter gegeben haben, lesen diese hoffentlich zu Hause.

SB: Wie weit spielt der Aspekt der Tierausbeutung für euch eine Rolle?

Sanna: Wie schon gesagt wurde, greift das systemisch ineinander. Die Tierausbeutung ist natürlich systemimmanent und würde anders gar nicht funktionieren.

SB: Konntet ihr als unabhängige Gewerkschaften in der Arbeiterschaft von Tönnies oder anderer Fleischunternehmen irgendwelche Organisationsansätze schaffen? Könnt ihr direkt in die Betriebe hineinwirken?

Tobi: Es ist für uns direkt vor Ort schwer reinzukommen. Das liegt auch ein wenig an den zu geringen Kapazitäten, die wir momentan aufbringen können, zumindest hier in Hamburg, wo Tönnies gar nicht vertreten ist. Ich weiß nicht, wie es anderswo ist.

SB: In den USA, wo die IWW entstanden ist, gibt es eine stark ausgebaute Tierindustrie, die zum Beispiel auch eine Form des ökologischen Rassismus betreibt, wenn Schweinegülle in unmittelbarer Nähe von Ansiedlungen, in denen überwiegend nichtweiße Menschen leben, in die Luft gepustet wird. Wie ist die IWW dort aufgestellt?

Sanna: Dazu muß man sagen, daß die IWW zwischen dem nordamerikanischen Flügel und dem europäischen geteilt ist. Über den amerikanischen Flügel kann ich nur so viel sagen, daß es da wahrscheinlich auch eine radikalere Form der Zusammenarbeit gibt. Die amerikanischen Mitglieder der IWW schließen auch mit Tierbefreiungsbewegungen oder grünen Parteien Bündnisse. Insbesondere in den den liberaleren Bundesstaaten wie Washington State oder Kalifornien geht es schon ein bißchen militanter zu.

SB: Sanna und Tobi, vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkung:

[1] http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0131.html

http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brri0193.html

EUROPOOL / POLITIK / ÖSTERREICH

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Neuwahlen und eine neue Bewegung in Österreich

von Sabine Schmitz, 18. September 2019

Nachdem der ehemalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz im Mai 2019 nach dem Rücktritt des Vizekanzlers Heinz-Christian Strache mit "Genug ist genug" Neuwahlen verkündet hat, wird Österreich am 29.9.2019 eine neue Regierung wählen.

In der Zwischenzeit hat sich eine neue Bewegung in Österreich formiert. Die Bewegung Neues Zeitalter. Wer ist diese Bewegung? Hier ein Auszug aus dem Parteiprogramm. Genauere Information unter der Webseite [1].

Die Bewegung Neues Zeitalter fühlt sich von den PolitikerInnen nicht würdig vertreten, und stellt die Art und Weise wie Politik gemacht und gelebt wird in Frage. Sie sind davon überzeugt, dass eine andere Form von Politik möglich, ja sogar dringend notwendig ist. Eine Politik, welche auf Offenheit, Ehrlichkeit, Respekt, Toleranz, Verständnis, gegenseitiger Wertschätzung, Würde und einem grundlegenden Miteinander aufbaut.

Bewegung Neues Zeitalter will die Welt gemeinsam mit Euch, unter Einhaltung aller ethischen Grundsätze, zu einem besseren Ort für alle Lebewesen machen!

Die Bewegung Neues Zeitalter organisiert am 28. September 2019 von 18.00 bis 21.00 Uhr eine Lichterkette am Heldenplatz, 1010 Wien [2]

Bei der Lichterkette geht es darum, einen gemeinsamen Abend vor der Wahl zu verbringen, um für ehrliche Zusammenarbeit auf Herzensebene zum Wohle aller Lebewesen und des Planeten zu meistern.

Anmerkungen:

[1] www.neueszeitalter.at

[2] https://www.facebook.com/events/386826098633256/?ti=icl

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-0e0008.html

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

Internationale Presseagentur Pressenza -

Büro Berlin / Redaktion Mar del Plata, Argentinien

Indigene Frauen sprechen über das nächste nationale Frauentreffen

Sie fordern eine multinationale Umgebung ohne Unterdrückung, Rassismus, Chefs und Chefinnen

Mitteilung von Movimientio de Mujeres Indígenas por el Buen Vivir vom 14. September 2019

Mitteilung der Frauenbewegung "Movimientio de Mujeres Indígenas por el Buen Vivir" zum 34ten nationalen Frauentreffen. Der Name der Frauenbewegung lautet ins Deutsche übersetzt "Bewegung indigener Frauen für das gute Leben".

"El Movimiento de Mujeres Indígenas por el Buen Vivir" bietet uns, den Frauen der 36 indigenen Nationen, Raum unser über tausende von Jahren überliefertes Wissen zu organisieren. Dabei sehen wir uns als aktive Vertreterinnen der emanzipatorischen sowie anarchistischen Prozesse im indigenen Amerika. Unser antipatriarchalischer Kampf ist nicht neu, sondern begann, als unsere Territorien vom Eroberer besetzt wurden. Wir wollen die Kunde verbreiten, dass die Multinationalität der Territorien trotz der durch die Staatsnation hochgezogenen Grenzen nicht verschwunden ist. Mit dieser Botschaft im Kopf starteten wir im Mai 2018 erstmals mit der Kampagne "Wir wollen uns multinational", eine Kampagne, die es indigenen Frauen ermöglicht, gegen die kulturelle Vereinheitlichung und Anpassung des nationalen Frauentreffens an die argentinische Kultur anzukämpfen. Über mehr als drei Jahrzehnte waren unsere Themen auf nur eine Diskussionsrunde beschränkt. Nun wollen wir erreichen, dass unsere Stimmen und unser Denken in allen Diskussionsrunden zur Sprache kommen.

Warum konnte dieses Ziel nicht erreicht werden?

Die organisierende Kommission aus Chubut verwehrte uns die Möglichkeit, allen Diskussionsrunden unser Anliegen zu unterbreiten. Außerdem verhinderte sie, dass unser Anliegen vor dem Publikum präsentiert wird und ignorierte damit den Willen einer großen Mehrheit von Frauen, die "multinational" in den Straßen von Trelew riefen.

Für das kommende 34te nationale Frauentreffen haben wir unser Anliegen nun sehr vorsichtig und mit viel Bedacht voranbringen können. Es freut uns, dass auch andere Gebiete, die nicht indigen sind, unsere Initiative angenommen haben und andere Kampagnen mit dem gleichen Ziel starteten. Jedoch betrachten wir die Aussage "Wir sind multinational" mit Sorge, schließlich setzt sie voraus, dass das Ziel der Multinationalität erreicht wurde. Leider sind wir von der Zielerreichung aber noch weit entfernt. Diese fehlende Multinationalität wird erkenntlich anhand der vorläufigen Dokumente, die innerhalb der Kommission verbreitet werden und den Rassismus, Autoritarismus, die Agressivität und Verachtung gegen indigene Frauen, Farbige und Afroamerikanerinnen verdeutlichen. Damit verwehrt die Kommission ein weiteres Mal das Recht auf Multinationalität des nationalen Frauentreffens.

Aus diesem Grund sind keine Bedingungen gegeben, die unserer Teilnahme den Respekt und die Wertschätzung entgegenbringen, die wir verdienen. Wir werden beschuldigt, ein Treffen spalten zu wollen, das noch keine Versuche unternommen hat, uns in Bezug auf Reziprozität und Respekt ohne Bevormundung oder die Auferlegung von Normen, die unseren Kulturen fremd sind, einzubeziehen.

Wenn sich diese Bedingungen nicht verändern, werden wir am 34ten nationalen Frauentreffen nicht teilnehmen in der Hoffnung, dass die Kommission ihre Position überdenkt und publik macht. Wir glauben fest an die Verbundenheit der Dörfer und daran, dass der Wunsch nach Reziprozität mit der Natur gegeben ist. Wir sind offen für die Bedürfnisse von Lesben, Transsexuellen, Transvestiten, Bisexuellen und A-Sexuellen und glauben daran, dass der kollektive Traum in Trelew die Gemeinheiten und die Spekulationen überwinden und immer mehr der Emanzipation weichen wird.

Früher oder später werden wir die Geschichte verändern. Wir entwickeln uns kontinuierlich weiter, um bestehen zu bleiben und bestehen noch immer, weil wir uns weiterentwickeln."

Die Übersetzung aus dem Spanischen wurde vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra800.html

UMWELT / REPORT / BERICHT

Klima und Klassenkampf -

ökosozialistische Konsequenzen ...

Die große Leistung des Konzepts der imperialen Lebensweise ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd und innerhalb unserer Gesellschaften in der Lebensweise zusammenfließen und dort auch gemeinsam politisiert werden können. Es würde darum gehen, entlang der Kette von der Rohstoffgewinnung über die Produktion von Vorprodukten, Transport und Logistik bis hin zur Produktion und den Arbeitsverhältnissen sowie der Lebensweise und dem Konsum in den Zentren gemeinsame Interessen sichtbar zu machen und Kämpfe miteinander zu verbinden.
Samuel Decker [1]

(SB) 19. September 2019 - Wären apokalyptische Szenarien jemals geeignet gewesen, den Lauf der Geschichte von Grund auf zu ändern, stünde die Menschheit heute nicht am Abgrund drohender Zerstörung ihrer Zivilisation, wenn nicht gar ihrer Zukunft als Spezies auf diesem Planeten. Ganz im Gegenteil lebt der biblische Endzeitmythos von der Errettung der Gerechten, die sich im Angesicht ihrer Feinde als Auserwählte an der Tafel des Herrn an dem sie umgebenden Untergang einer in Sünde gefallenen Schöpfung ergötzen. Dieses Leitmotiv des Überlebens zu Lasten der eigenen Art prägt die menschheitsgeschichtliche Entwicklung, hat doch die räuberischteste aller Arten im Zuge ihres Aufstiegs zur dominanten stoffwechselnden Erscheinungsform ihre eigenen Lebensvoraussetzungen bis an den Rand der Vernichtung untergraben. Mit Feuer und Schwert, nämlich Ausplünderung der Natur und Entfachen des Weltenbrands wie auch Unterwerfung und Auslöschung der als Freßfeinde definierten Artgenossen hat der Mensch alle anderen Entwicklungsmöglichkeiten aus dem Feld geschlagen und sich einer Entfaltung der Herrschaft über seinesgleichen als einzig gültiger Ordnung verschrieben.

Dieser Wesensmerkmale menschlicher Vergesellschaftung eingedenk, bedarf es angesichts der hereinbrechenden Klimakrise einer grundsätzlichen Kehrtwende, sollen die sich immer bedrohlicher auftürmenden Schadensfolgen zumindest noch gebremst und begrenzt werden. So verständlich die Hoffnung anmuten mag, der Klimawandel lasse sich mit einigen randläufigen Korrekturen unter Beibehaltung der vorherrschenden Produktionsweise und Lebensführung bewältigen, zeichnet sich doch immer deutlicher ab, daß das keinesfalls ausreichen würde. Die exponentiell anwachsende Verdüsterung jüngerer Prognosen zu mutmaßlichem Ausmaß und Verlauf des

Temperaturanstiegs und dessen verheerenden Folgen schrumpft die vermeintlich verbliebenen Fristen und verschärft die Dringlichkeit umfassender Eingriffe.

Da die ökologischen Verwerfungen kein Kollateralschaden, sondern zwangsläufige Folge jener gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die in Gestalt der für alternativlos und universell erklärten kapitalistischen Verwertung jeglicher existentiellen Prozesse auf die Spitze zerstörerischer Verläufe getrieben werden, kommen potentiell wirksame Gegenstrategien nicht umhin, auch eine Veränderung der Besitzstände auf die Agenda zu setzen. Da dies zwangsläufig an den Kern herrschaftsrelevanter Struktur und Ideologie rührt, rufen derartige Ansätze über den Versuch ihrer Einbindung und Befriedung hinaus weit repressivere Formen des Machterhalts auf den Plan. Die Reichweite einer Bewegung zur Abwendung der Klimakrise muß sich folglich daran messen lassen, in welchem Maße sie des mit zunehmender Radikalität ihrer Forderungen anwachsenden Gegendrucks gewärtig ist und die Kampfformen zur Durchsetzung ihrer Interessen auf den Prüfstand stellt und weiterentwickelt.

Daß es sich über bloße Meinungsbekundungen und Appelle hinaus um einen Kampf an diversen Fronten handelt, dürfte Konsens sein. Doch an der Frage nach dem Charakter dieses Kampfs scheiden sich bekanntlich die Geister. So ist von Umsteuern, Reformen, Alternativen oder gar einer Transformation die Rede, womit Interessengegensätze eingeräumt werden, jedoch fundamentale, miteinander unvereinbare gesellschaftliche Widersprüche ausgeblendet bleiben. Marx und Engels haben es im Kommunistischen Manifest so formuliert: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." [2] Dabei macht der Übergang vom Singular zum Plural klar, daß jener zwischen Proletariat und Bourgeoisie lediglich einer unter mehreren Klassenkämpfen ist. Dies wird wenig später noch einmal bekräftigt und erweitert: "Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren."

Dieses Verständnis von Klassenkämpfen ist also wesentlich umfassender als die Reduzierung auf das freilich zentrale Verhältnis von Kapital und Arbeit. Es schließt auch das Naturverhältnis des Menschen ein, wird doch im Marxschen Sinne die Ausbeutung natürlicher Ressourcen als zweite Quelle der Wertschöpfung neben der Verwertung der Arbeitskraft genannt. Auch findet sich bei den Klassikern die dezidierte Auffassung, daß das Ringen der Frauen um ihre Befreiung von patriarchalem Zwang als Element des Klassenkampfs zu verstehen ist. Und natürlich wird auch die Unterdrückung einer Nation durch die andere ausdrücklich unter diese grundlegenden Auseinandersetzungen subsumiert. Wenn erhebliche Fraktionen der Linken die ökologische Frage, die Befreiung der Frau und eine Reihe weiterer Kämpfe zu Nebenwidersprüchen erklärt oder gar als kleinbürgerlich diskreditiert haben, entspringt das einer gravierenden Fehleinschätzung, die man nicht der marxistischen Theorie als solcher anlasten kann.

Die kurzschlüssige Behauptung, es gebe doch längst keine Klassen mehr wie auch der Sozialismus gescheitert und entsorgt sei, verdrängt ein Verständnis von Klassenkämpfen weitgehend aus dem Horizont optionaler Denkweisen. Um den Fortbestand und Ausbau der Klassengesellschaft in Abrede zu stellen, also die Existenz grundsätzlicher Widerspruchslagen zu verschleiern, wurde der Begriff "Klassenkampf" in einem Maße für anachronistisch erklärt und tabuisiert, daß er heute auch aus Kreisen emanzipatorischer Bewegungen, Diskussionen und Ansätze weitgehend verschwunden ist. Das hat zwangsläufig zur Folge, daß auch die Diskurse der Klimabewegung mehr oder minder weit hinter den Stand früher erreichter Gesellschaftsanalysen und Handlungskonsequenzen zurückfallen. Im Sinne einer dringend gebotenen Theoriebildung könnte es daher von Nutzen sein, dem unablässigen innerstaatlichen wie weltweiten Klassenkampf von oben einen im vorgenannten Sinn umfassenderen Begriff der Klassenkämpfe von unten an verschiedenen Fronten und insbesondere auch deren Verknüpfung entgegenzusetzen.

Kommt man zu dem zwingenden Schluß, daß die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage in Angriff zu nehmen ist, setzt dies die Wiedergewinnung eines umfassenden und radikalen Gegenentwurfs zu den herrschenden Verhältnissen auf die Tagesordnung. Und dies um so mehr, als sich das verbliebene Zeitfenster noch schneller als befürchtet schließt, innerhalb dessen weit-

reichende Schritte zur Eindämmung der Klimakrise greifen könnten. Wenn von Zielen die Rede ist, die 2030 und 2050 erreicht werden sollen, läßt das keinen Spielraum mehr, mit einer unzureichenden Ausrichtung zu ergreifender Maßnahmen zu beginnen, die später wesentlich korrigiert werden könnte. Was heute als zentrale Stoßrichtung auf den Weg gebracht wird, dürfte die Kontroversen und Handlungsoptionen in den kommenden Jahren in so hohem Maße bestimmen, daß dem widersprechende Positionen schon im Ansatz ausgeschlossen werden.

Wer auf die angeblichen Kräfte des Marktes setzt, erteilt politisch verfügter Regulierung eine Absage. Wird Wirtschaftswachstum als unangefochtenes Heilsversprechen fortgeschrieben, bleibt der Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft auf der Strecke. Werden technologische Lösungen als vorgeblicher Rettungsanker angestrebt, winkt ein grüner Kapitalismus. Angesichts dieser unverzichtbaren Weichenstellung wäre es verhängnisvoll, die Handlungskompetenz einer Regierungspolitik zu überantworten, die jahrzehntelang jegliche Warnsignale und Vorhersagen ignoriert hat. Gefragt ist ein weitreichender Entwurf, der den noch verbliebenen Manövrierraum dahingehend nutzt, einen entschiedenen Kurs anzulegen, wie er als Ökosozialismus ausgewiesen werden könnte.

Bewegung in der Klimafrage

Wurde noch vor wenigen Jahren eine unpolitische Generation beklagt, so hat die Klimagerechtigkeitsbewegung mit ihren Aktionen gegen die Braunkohletagebaue in der Lausitz und im Rheinischen Revier deutliche Zeichen gesetzt, wie auch die Baumbesetzungen im Hambacher Wald endlich doch Beachtung fanden. Heute sind Phänomene wir Fridays For Future oder Extinction Rebellion in der öffentlichen Wahrnehmung so präsent, daß erstmals auf breiter Front Bewegung in die Klimafrage gekommen ist. Hatte man in der Vergangenheit ökologische Themen eher zu einem Ressort der Grünen erklärt und ansonsten tunlichst ausgeblendet, kommt heute keine politische Partei mehr darum herum, mit Blick auf die Gunst der Wählerschaft Flagge zu zeigen.

Wissenschaft, Umweltverbände und Klimabewegung haben seit langem eine Fülle von Expertisen, Entwürfen und Handlungsvorschlägen erarbeitet und vorgelegt, so daß von einem Mangel an belastbaren Informationen, diskussionswürdigen Anregungen und praktizierten Lebensstilen wie auch umgesetzten lokalen Alternativen keine Rede sein konnte. Neu hinzugekommen ist ein Impuls der Dringlichkeit, den ausbleibenden Kurswechsel nicht länger hinzunehmen und sich die Zukunft nicht rauben zu lassen. Dies trug dazu bei, rationale Einsicht mit persönlicher Betroffenheit zu befruchten und einen Aufbruch zu beflügeln, der, wie konkret oder diffus auch immer, Widerhall in weiten Teilen der Bevölkerung findet. Hinzu kommt indessen ein wachsendes Unbehagen, da die Klimakrise mit Rekordtemperaturen, Dürren und Unwettern auch in unseren Breiten deutlich zu spüren ist.

In dieser Gemengelage aus Ängsten und Unmut, Kalkül und Aufbegehren ist zwangsläufig ein breites Spektrum divergierender Interessen präsent, die zwischen Anschub und Bremsen unterschiedlichste Vorstellungen einbringen, auf welche Weise die Klimaziele zu erreichen seien. Wenngleich also enormer Schwung in die Auseinandersetzung mit dieser Problematik gekommen ist, bleibt vorerst völlig offen, welcher Kurs sich letztendlich durchsetzen wird.

Plädoyer für eine sozial-ökologische Transformation

Dies thematisierte der Ökonom Samuel Decker, der auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, an diesem Abend vertreten durch Dr. Hanno Plass, am 13. September in der Fabrique im Gängeviertel zu Gast war. Decker arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Netzwerk Plurale Ökonomik und ist zudem in sozialen Bewegungen aktiv. Als Mitherausgeber der Bücher "Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert" (2017) und "Advancing Pluralism in Economics" (2019) wie auch jüngst in dem Beitrag "Bitte keine Verzichtsdebatte" in Analyse & Kritik plädiert er für eine sozial-ökologische Transformation.

Wie er moniert, werde der Klimadiskurs häufig als Verzichtsdebatte wahrgenommen, die zwangsläufig Ablehnung auf den Plan rufe. Ein rechts-konservativer Kolumnist wie Jan Fleischhauer spricht von der "dunklen Seite der Klimadebatte" und warnt vor einer Ökodiktatur.

Wenngleich diese Polemik dem Zweck geschuldet sei, ernsthafte Ansätze gegen die Klimakrise zu diskreditieren, weise sie doch auf eine Problematik der Debatte hin. Es bleibt nur noch ein Fenster von wenigen Jahren, innerhalb dessen eine tiefgreifende Wende erreicht werden muß, da immer mehr Kippunkte erreicht werden. Erforderlich sei eine umfassende und globale Transformation der gesamten Produktions- und Lebensweise. Es gebe jedoch keine demokratischen Mehrheiten für einen derart tiefgreifenden Umbau, sondern allenfalls für Elektromobilität. In der multiplen Krise setzten sich keine progressiven Antworten durch, sondern im Gegenteil autoritäre und rechte.

Decker identifiziert als Hindernis, eine demokratische Mehrheit für eine radikale Klimapolitik zu mobilisieren, das Fehlen eines attraktiven Modells für eine alternative Lebens- und Produktionsweise. Anstelle eines Verständnisses von Klimapolitik, das auf Umverteilung oder demokratische Aneignung des globalen Reichtums oder die Produktionsmöglichkeiten der digitalen Ökonomie setze, werde über Verzicht debattiert. Weniger zu fliegen, mit dem Auto zu fahren und Fleisch zu essen sei zwar Teil einer sozial-ökologischen Transformation, aber für sich genommen einseitig. Für die Klimabewegung stelle sich die zentrale Frage: Wie können wir von der eher moralischen Verzichtsdebatte zu einer politischen Umverteilungs- und Aneignungsdebatte kommen und wie könnte ein attraktives Modell einer alternativen Produktions- und Lebensweise aussehen?

Wer profitiert vom globalen Kapitalismus? Weltweit arbeiten 50 Millionen Menschen vor allem im globalen Süden unter Bedingungen moderner Sklaverei. Im Kontext transnationaler Wertschöpfungsketten werden Arbeits- und Umweltkosten systematisch ausgelagert. Der CO2-Ausstoß pro Person beträgt in USA/Kanada 16 Tonnen, in Subsahara Afrika 0,75 Tonnen jährlich. Der ökologischer Fußabdruck ist im Globalen Norden weit höher, die deutsche Autoflotte im Verhältnis zur Bevölkerung weit größer als jene Afrikas, der Fleischkonsum beträgt 80 Tonnen pro Person in der EU gegenüber 10 kg in den 48 ärmsten Ländern, um nur einige markante Parameter zu nennen.

Wenngleich die Globalisierung also zu Lasten des Südens geht, ist doch eine weitere Schere zwischen Armut und Reichtum relevant. Untersucht man den nationalen Energieverbrauch pro Kopf nach Einkommen, ist er bei 3000 Euro im Monat fast doppelt so hoch wie bei 1000 Euro. Beim CO2-Ausstoß ist folglich auch der Klassenstatus ein signifikanter Parameter. Auf internationaler Ebene ist zwischen 1980 und 2016 ein deutlicher Anstieg der Einkünfte in den unteren Einkommensgruppen, aber Stagnation oder Verlust in den mittleren zu beobachten, was vor allem auf die Ausbildung neuer Mittelschichten wie etwa in China zurückzuführen ist. Den deutlichsten Anstieg weisen die oberen 10 Prozent auf, was um so mehr für das oberste 1 Prozent gilt, das sich 27 Prozent des globalen Wachstums aneignete, während auf die unteren 50 Prozent nur 12 Prozent des Wachstums entfielen.

Daraus läßt sich nicht ableiten, daß der Globale Norden insgesamt verloren hätte. Deutlich wird jedoch eine wachsende Spreizung zwischen Arm und Reich in Nord und Süd. Je nach Gewichtung dieser beiden Aspekte resultieren daraus unterschiedliche Lesarten des Konzepts der imperialen Lebensweise. Während beispielsweise Stefan Lessenich das Nord-Süd-Verhältnis hervorhebt, argumentieren Markus Wissen und Ulrich Brand klassenpolitisch fundiert und erfassen beide Entwicklungen, so der Referent.

Das Konzept der imperialen Lebensweise

Das hier angesprochene Konzept der imperialen Lebensweise, wie es auf Antonio Gramsci zurückgeht, zielt auf einen historischen Zugang zu den beiden wichtigsten Entwicklungsstufen des Kapitalismus im letzten Jahrhundert ab. In der kapitalistischen Frühphase erfolgte eine extensive Akkumulation, Profit und Wachstum wurden durch niedrige Löhne und Einbeziehung von immer mehr Menschen, auch der Frauen und Kinder, erzielt. Mehr Produktionsstätten, Ausweitung der Arbeitszeit und Stabilität durch politischen Zwang, es wurden vor allem Produktionsmittel wie Stahl für die Eisenbahn und Rüstung wie auch chemische Erzeugnisse hergestellt. Im Fordismus, der ab den 20er, 30er Jahren in den USA einsetzte und nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Japan und Westeuropa griff, wurden Profit und Wachstum durch intensive Akkumulation aufrechterhalten. Das bedeutete höhere Löhne und viel mehr Güter für den Massenkonsum, da bei steigenden Löhnen um so mehr dieser Güter gekauft werden konnten. Seitdem ist

der Kapitalismus laut Gramsci hegemonial. Die Produktionsweise ist mit der Lebensweise so verflochten, daß es extrem schwierig wird, diese Produktionsweise zu verändern. Dieser Klassenkompromiß blieb bis in die 70er Jahre stabil. Dann stieß das System an seine Grenzen, da die Profite sanken und Krisen einsetzten.

Es begann die Phase der Globalisierung, da fortan dort produziert wurde, wo es billiger war. Die Orte der Produktion und der Konsumption wurden getrennt, die Verschuldung stieg, die Reallöhne stagnierten, die Gewerkschaften wurden geschwächt, prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse nahmen zu. Imperial ist diese Lebensweise deshalb, weil bestimmte Gruppen einen übermäßigen Zugriff auf die Arbeitskraft und die weltweite Biosphäre erlangen und die negativen Kosten auslagern. Die Mittel- und Oberschichten des Globalen Nordens und zu einem geringeren Ausmaß auch die Unterschichten, zunehmend aber auch die urbanen Mittel- und Oberschichten des Globalen Südens sind Teil einer ausbeuterischen Struktur, von der sie profitieren, unter der sie aber auch leiden. Arbeits- und Umweltkosten werden auf andere in den eigenen Gesellschaften, insbesondere aber auf Menschen im Globalen Süden ausgelagert, wie Decker ausführt.

Der alte Antagonismus von Kapital und Arbeit oder Nord und Süd ist nicht verschwunden, er hat sich jedoch stark verändert und verflüssigt, weil Milliarden von Lohnabhängigen mit diesen globalen Ausbeutungsstrukturen verwachsen sind. Über akademische Schichten hinaus ist ein ökologisches Bewußtsein in Deutschland weit verbreitet. Zugleich wird die soziale Ungleichheit auch in der eigenen Gesellschaft wahrgenommen. Darauf geht die Klimadebatte jedoch nicht angemessen ein, die vor allem eine moralische Diskussion darüber führt, was man alles unterlassen sollte. Es handelt sich in weiten Teilen um eine intellektuelle Debatte unter Verweis auf die Wissenschaft, aber keine politische Debatte über die Aneignung des globalen Reichtums und Ansätze der Umverteilung. Daraus erwächst ein brisanter Antagonismus zwischen einer ökologischen Linken, die globale Gerechtigkeit einfordert, aber soziale Ungleichheit in den Gesellschaften nicht thematisiert, und der gesellschaftlichen Rechten, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, aber auf Verteilungsfragen innerhalb der Gesellschaft eingeht. In Deutschland ist die AfD noch neoliberal, was sich aber unter anderer Führung schnell ändern kann. In anderen Ländern wie den USA hat sich die Lesart der sozialen Frage durchgesetzt, daß es nicht mehr um oben gegen unten, sondern innen gegen außen geht, so Decker.

Von der Verzichts- zur Aneignungsdebatte

Wie die Verzichts- in eine Aneignungsdebatte überführt werden könnte, erläutert er an einigen Beispielen. Etwa das Konzept der Flugkontingente - wer sie nicht verbraucht, kann sie verkaufen, wer mehr haben will, muß sie dazukaufen. Oder kostenloser ÖPNV, der über Steuergelder finanziert wird. Vergesellschaftung und öffentlicher Betrieb, so daß eine lebenswerte Urbanität und Mobilität entsteht. Oder Bahnpreise halbieren, Arbeitszeit verkürzen, ökologischer sozialer Wohnungsbau. Statt subventionierten Fleischkonsums mehr nachhaltige Ernährung.

Wenngleich es also zahlreiche alternative Konzepte gibt, fehlt doch eine systemische Ebene, auf der die verschiedenen Elemente integriert werden. In folgenden drei Schritten könnte ein Green New Deal oder eine sozial-ökologische Transformation oder eine demokratische Aneignung des globalen Reichtums möglich werden. Wir könnten heute mit einer klassischen Umverteilungspolitik beginnen, also einer höheren Besteuerung von Unternehmen und Transaktionen, einer progressiven Besteuerung von Kapitalerträgen und einer reaktivierten Vermögenssteuer. Die zweite Stufe wäre dann eine Vergesellschaftung, bei der es darum geht, bestehende Besitzverhältnisse zu verändern: Rekommunalisierung von Mobilität, Gesundheit, Bildung, Sorge, Infrastruktur, die demokratisiert und öffentlich bereitgestellt werden. Die dritte Säule wäre eine Wirtschaftsdemokratie, also eine Veränderung der Funktionsweise des Wirtschaftssystems, um vom Koordinationsprinzip des Marktes und der Signalwirkung der Preise zu einem System der öffentlichen Abstimmung überzugehen, wie produziert, verteilt und konsumiert wird: Bestimmte Wirtschaftsbereiche planvoll schrumpfen, andere planvoll ausbauen. Schlüsselsektoren wie Banken, Stahl, Automobil, Chemie vergesellschaften und ihre Investitionsentscheidungen teils von den Beschäftigten und teils von der Öffentlichkeit tätigen.

Sukzessive das Marktsystem durch ein demokratisches System der digitalen Koordination und Steuerung ersetzen.

Deckers Vortrag ließe sich in drei Thesen zusammenfassen: Die Verzichtsdebatte ist klassenblind, sie dethematisiert Interessenkonflikte zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Interessenkonflikte zwischen Nord und Süd. Erforderlich ist eine populäre Klassenpolitik, die sozialpolitische Forderungen stellt und auch Feindbilder benennt wie etwa die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft. Eine sozial-ökologische Transformation muß mit konkreten reformorientierten sozialpolitischen Forderungen einsteigen.

Was die weitere Entwicklung betrifft, könnte sich ein neues Kapitalismusmodell herausbilden, das mehrheitsfähig und hegemonial in der Gesellschaft verankert ist: Ein grüner Kapitalismus, der das Wirtschaftssystem umbaut, wobei Ungleichheiten und systemische Probleme bestehen bleiben. Eine andere Variante wäre ein weiterer Aufstieg der globalen Rechten, welche die Klassenfrage in ihrem Sinne besetzt. Decker selbst favorisiert einen transformativen Block, der die Klassen- und Klimafrage miteinander verbindet und zur massenhaften Projektionsfläche einer demokratischen Alternative wird. Nicht auszuschließen ist aber auch eine eskalierende multiple Krise, wenn Ökosysteme kollabieren, Flüchtlingsströme und Kriege anwachsen und der globale Kapitalismus samt seinen Institutionen zerfällt.

Elemente all dieser Szenarien haben sich längst herausgebildet, so daß man von einem fast schon finalen Scheideweg sprechen muß. Unverzichtbar dürfte es sein, Entwürfe wie jene der Klimagerechtigkeit oder der sozial-ökologischen Transformation im eingangs angedeuteten Sinne auf ihre Schwachstellen und Grenzen wie insbesondere die ungestellte Machtfrage zu überprüfen, um die argumentativen Werkzeuge zu schärfen und die Handlungskonsequenzen zu präzisieren.

Anmerkungen:

[1] www.ak-web.de/ak_s/ak634/12.htm

[2] MEW, 4: 462

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0157.html

UMWELT / MEINUNGEN

USA - wachsender Schutzbedarf ...

(SB) 19. September 2019 - Mehr als 16 US-Bundesstaaten haben bereits Gesetze erlassen, nach denen ziviler Ungehorsam gegen die Erdölindustrie aufs schärfste bestraft werden kann. Andere Bundesstaaten wollen dem Beispiel folgen. In Texas müssen diejenigen, die Ölpipelines überqueren oder andere "kritische Infrastruktur" betreten, inzwischen mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu einer Million Dollar rechnen. Auslöser der Welle an repressiven Gesetzen und Gesetzesvorschlägen in vielen Bundesstaaten waren die weitreichenden Proteste vor drei Jahren gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAPL) entlang der Standing Rock Sioux Reservation.

Am 12. September hatte sich in Harris County, Texas, eine Gruppe Greenpeace-Aktivistinnen und -Aktivisten von einer Brücke über dem Houston Ship Channel abgeseilt, so daß ein ansonsten reger Schiffsverkehr mit Erdöl- und Erdgastransporten vorübergehend zum Erliegen kam. 26 Personen sind deswegen angeklagt und müssen mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren und einem Bußgeld von 10.000 Dollar rechnen. Der Gesetzesverschärfung in Texas liegt ein Entwurf zugrunde, der von der Industrielobbyorganisation American Legislative Exchange Council erarbeitet worden war. Dieser Entwurf sei in mindestens 16 Bundesstaaten zur Vorlage genommen worden, berichtete die US-Website Climate Inside News. [1]

Demnach ist das industriefreundliche Gesetz schon in sieben Bun-

desstaaten rechtskräftig, andere Bundesstaaten haben sehr ähnliche Gesetze verabschiedet oder in Vorbereitung. Das US-Transportministerium möchte den Kongreß dazu bewegen, ein solches Gesetz auch auf Bundesebene zu verabschieden. Mit 20 Jahren Gefängnis müßten dann diejenigen rechnen, die versuchen, die Ölproduktion zu behindern, schreibt der US Protest Law Tracker, der seit November 2016 den jeweiligen Stand des gesetzgeberischen Prozesses gegen friedliche Versammlungen auf Bundes- und Staatsebene beobachtet und öffentlich macht. [2]

Die Trump-Administration räumt der heimischen Erdölindustrie bereits eine rechtliche Hürde nach der anderen aus dem Weg, so daß sie von Umwelt- und Arbeitsschutzauflagen befreit wird. Das löst verstärkt Proteste in jenen Teilen der noch nicht propagandistisch sedierten Bevölkerung aus, die naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel und unmittelbare Beobachtungen der klimatischen Veränderungen ernst nehmen und fordern, daß fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas nicht mehr gefördert werden, da die Emissionen aus deren Verbrennung die globale Erwärmung forcieren.

Auf Bundesebene zeigen sich die oppositionellen Demokraten zwar offen für die Forderung, daß die Klimakrise abgewendet werden muß, und einige haben einen Green New Deal vorgeschlagen, der Klimaschutz zu einem zentralen Anliegen macht, aber auf Staatsebene ziehen nicht alle Demokraten an einem Strang. Beispielsweise hat auch das von einem demokratischen Gouverneur regierte Virginia ein scharfes Gesetz gegen Behinderungen der fossilen Energieinfrastruktur verabschiedet. Deshalb ist es noch keine ausgemachte Sache, daß sich im kommenden Jahr sehr viel ändert, sollte Donald Trump für keine zweite Amtszeit gewählt werden. Trotz der Warnungen aus der Klimaforschung und trotz der spürbar sich wandelnden Klimaverhältnisse auch in Nordamerika hält die US-Regierung die fossile Energiewirtschaft aufrecht. Mehr noch, sie steigert deren Produktivität, indem sie die umstrittene, da besonders zerstörerische Methode des Frackings fördert.

Die extreme Verschärfung der Gesetze zum Schutz dieser Energieform wird mit dem wachsenden Schutzbedarf der Infrastrukturen der fossilen Energiewirtschaft begründet. Solch ein Legitimationskonstrukt ist uralt und wird von herrschenden Interessen schon immer bemüht, um ihren Gewaltapparat gegen die Bevölkerung in Stellung zu bringen.

Einst stand "Atomstaat" als Chiffre für einen Staat, der unter dem Vorwand, die atomare Infrastruktur vor der Bevölkerung schützen zu müssen, seine Verfügungsgewalt in immer mehr gesellschaftliche Bereiche hinein ausdehnt. Das aktuelle Beispiel zu Erdölinstallationen in den USA zeigt, daß nicht allein die Sicherung der atomaren Infrastruktur als Vorwand dient, sondern daß der Staat die totale Bevölkerungskontrolle anstrebt, indem er in immer mehr öffentlichen Räumen Formen des Ausnahmezustands verhängt.

Da die Leute an der Spitze der Nahrungskette, also die Ölbarone und andere Milliardäre, nicht auf gleiche Weise von den Klimawandelfolgen betroffen sein werden wie die breite Masse der Bevölkerung und sich schon längst die sichersten Plätze auf der Erde angeeignet haben, wenn andernorts Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren, Bergrutsche und der Meeresspiegelanstieg die Lebensräume zunichte machen, stellt sich aus ihrer Sicht die Verteidigung der fossilen Energiewirtschaft mit allen Mitteln staatlicher Verfügungsgewalt nicht als pures Selbstmordprogramm dar. Denn sie hegen die Hoffnung, sie könnten den sich verschärfenden Kampf um die verbliebenen Überlebensressourcen gegen die Heere an Hungerleidern durch die Gewaltmittel, die Recht und Gesetz (und ein Hightech-Zaun an der Südgrenze ...) bereithalten, erfolgreich verteidigen.

Anmerkungen:

[1] https://insideclimatenews.org/news/16092019/oil-port-protesters-charged-texas-fossil-fuel-infrastructure-law-pipelines-greenpeace-houston

[2] http://www.icnl.org/usprotestlawtracker/?location=&status=&issue=6&date=&type=

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-308.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

UMWELT / INTERNATIONALES / WALD

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brände im Süden Ecuadors vernichten über 1300 Hektar Wald

(Mexiko-Stadt, 11. September 2019, desinformémonos/poonal) - Im Bezirk Quilanga in der Provinz Loja im Süden Ecuadors wütet seit Ende August ein Waldbrand, der bis zum 10. September bereits 1.386 Hektar Wald vernichtet hat. Aus diesem Grund entschied die dortige Zivilschutzbehörde Anfang September, den Notstand auszurufen. Im hochgelegenen Santa Rosa im Bezirk San Antonio de Las Aradas sowie in Quebrada Collingora im Bezirk Fundochamba gebe es weiterhin aktive Brandherde, teilte die Zivilschutzbehörde (Secretaría de Gestión de Riesgos) am 10. September mit. Nach Angaben der Behörden konnten die Brände noch nicht vollständig gelöscht werden, sind nun aber unter Kontrolle.

An den Löscharbeiten beteiligen sich Feuerwehrleute aus Loja, Cuenca, Macará und Quilanga. Unterstützung erhalten sie vom ecuadorianischen Militär. Zwischen dem 8. und dem 10. September wurden 13 Hubschrauberladungen mit Löschwasser über den Brandherden verteilt. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden wurden etwa 60 Personen aus dem Bezirk San Antonio de las Aradas im Kanton Quilanga evakuiert. Auf Anordnung des Bildungsministeriums blieben die Schulen des Kantons am 9. September geschlossen.

Brände vorsätzlich gelegt

Die Brände seien gelegt worden, um mehr Weideland und neue Flächen für die Landwirtschaft zu gewinnen, so Patricio Zhapa, Leiter der Feuerwehr in Loja, bei der am selben Tag abgehaltenen Pressekonferenz. Der starke Wind in der Gegend behindere zusätzlich die Löscharbeiten, ergänzte der Sprecher der Zivilschutzbehörde Raúl Ponce.

Die Brandherde weiteten sich so weit aus, dass mehrere Anwohner*innen aufgefordert wurden, ihr Vieh in Sicherheit zu bringen. Erst Ende August waren innerhalb von einer Woche 80 Hektar Wald im geobotanischen Naturreservat der Vulkanlandschaft Pululahua in der Provinz Pichincha durch Brände vernichtet worden. Die für Ecuador typische sommerliche Dürreperiode begünstigt die Ausbreitung der Brände, die zum größten Teil vorsätzlich von Menschen gelegt wurden.

Insgesamt sind in Ecuador seit Juli 13.627 Hektar Wald und Grasland bei 1.279 Bränden vernichtet worden. Das teilte die Vorsitzende der Zivilschutzbehörde, Alexandra Ocles, am 13. September [1] mit.

Anmerkungen:

[1] https://www.primicias.ec/noticias/lo-ultimo/pais-perdidas-13627-hectareas-vegetal-incendios/

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/braende-im-sueden-ecuadors-vernichten-ueber-1300-hektar-wald/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

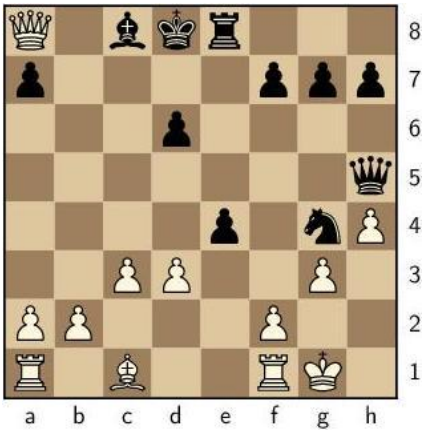
*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uiwa0236.html

Tugend oder das Herabsinken zum Tier?

(SB) - Der Schachmoralist Jacobus von Cessoles hatte eine etwas eigenwillige Vorstellung vom Zweck des Daseins, was sicherlich daran lag, daß alle Moralisten im tiefsten Seelenkämmerchen Anhänger eines entfremdeten Lebensausdrucks sind, wenn es darum geht, das Handeln der Mitmenschen zu beurteilen: "Ohne Tugend seine Tage hinzubringen, ist nicht die Aufgabe eines Menschen, sondern eines Tieres." Daher schrieb der Geistliche vom Orden der Predigermönche ein Buch über das Schachspiel "zum Vergnügen der Edlen und namentlich derer, welche das Spiel verstehen". Und er ließ keine Zeile verstreichen, ohne mit erhobenem Finger auf die "Hilfe dessen, von welchem uns alles Gute und Vollkommene zugeht", hinzuweisen. "Ehre und Preis sei deshalb Gott in Ewigkeit." Immerhin stellte sich Cessoles damit zur seinerzeit herrschenden kirchlichen Verurteilung des Schachspiels als einer vom Teufel gegen den göttlichen Schöpfungsplan inszenierten Ränke quer. Das Schachspiel war eben in seinen Augen ein zu wertvolles Instrument, um die Sittenlosigkeit seiner Zeitgenossen anzuprangern und ihnen gleichzeitig den Weg zurückzuweisen in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche. Wenn Menschen schon faulenzen und sich schlechte Gedanken machen, dann sollen sie wenigstens Schach spielen - was für eine bizarre Missionarslogik! Im atheistischen Sowjetreich hätten seine Worte wohl niemanden erreicht trotz der dortigen Schachleidenschaft. Moralisch einwandfrei im heutigen Rätsel der Sphinx war dennoch der schwarze Angriff, Wanderer.



Nikitin - Izvozchikov
UdSSR 1968

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Sünden werden in der christlichen Religion vergeben. Doch vielleicht war der russische Großmeister Michail Tschigorin zu sehr Atheist, um sich davon beirren zu lassen: 1...Th8-e8? 2.Tg3xg7+! Kh7xg7 3.Tb1-b7+ Kg7-g6 4.De6-f7+ Kg6-f5 5.Tb7-b5+ Kf5-e4 6.f2-f3+ Ke4-e3 7.Df7-b3+ Ke3- e2 8.Db3-b2+ Ke2-d3 9.Db2-b1+ Kd3-e2 10.Tb5-b2+ Ke2-e3 11.Db1-e1+ Ke3- d4 12.De1-d2+ Kd4-c4 13.Tb2-b4#

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07033.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

_____I n h a l t_____Ausgabe 3027 / Freitag, den 20. September 2019____

1 REPORT: Fleischprodukte - Zunder unter Kapitalverwurstung ... Sanna und Tobi im Gespräch
3 EUROPOOL - POLITIK: Neuwahlen und eine neue Bewegung (Pressenza)
4 SOZIALES: Indigene Frauen sprechen über das nächste nationale Frauentreffen (Pressenza)
5 UMWELT - REPORT: Klima und Klassenkampf - ökosozialistische Konsequenzen ...
10 UMWELT - MEINUNGEN: USA - wachsender Schutzbedarf ...
12 INTERNATIONALES: Brände im Süden Ecuadors vernichten über 1300 Hektar Wald (poonal)
13 SCHACH-SPHINX: Tugend oder das Herabsinken zum Tier?
14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 20. September 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 20. September 2019

Vorhersage für den 20.09.2019 bis zum 21.09.2019

© 2019 by Schattenblick

Herbst von wegen,
Wolken grau,
Sanftsprühregen,
Jean-Luc blau.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.